

Düsseldorf, 28.10.2008

Solidarität mit den IG Metall Beschäftigten in der Tarifrunde 2008

„Mit Lohnzurückhaltung kann die Finanzkrise nicht bewältigt werden“

Am Freitag, 31. Oktober endet die Friedenspflicht in der Metall- und Elektroindustrie. DIE LINKE. Landesarbeitsgemeinschaft Betrieb und Gewerkschaft erklärt sich solidarisch mit dem Kampf nach 8% mehr Lohn und 80 Euro mehr Ausbildungsvergütung für die nächsten zwölf Monate. Wir unterstützen die Forderungen nach Verdoppelung der Altersvorsorge für Azubis und der Besserstellung von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern.

Es geht um mehr! Es geht um **Umverteilung** von Gewinnen zu Löhnen und Gehältern. Finanzmarktkrise und drohender Abschwung sind kein Grund, jetzt bescheiden zu sein. Die Unternehmer halten immer Aufträge zurück und zeigen umgekrempelte Hosentaschen. Aber, Metallerinnen und Metaller lassen sich nichts vormachen!

Der IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber hat Recht, wenn er sagt: *"Dass die Steuergelder unserer Leute jetzt als Sicherheit für die Spekulationen größenwahnsinniger Banker herhalten sollen, finde ich - klar gesagt - zum Kotzen..."*

Mehr Flöhe für konjunkturelle Höhe! Die IG Metall ist weiterhin eine Tariflokomotive für die Gewerkschaften in Deutschland. Die Tarifrunde ist die Nagelprobe für kommende Arbeitskämpfe. Der Erfolg ist entscheidend für mehr Binnennachfrage und die Sicherung von Arbeitsplätzen. Dieser Kampf ist wichtig für uns alle! Wir stehen aktiv an eurer Seite!

Energie- und Lebensmittelpreise haben die letzte Tarifierhöhung vom Mai 2007 schon wieder aufgefressen. Seit 1992 hat es für die Beschäftigten in Deutschland keine Lohnerhöhung mehr gegeben, die Inflation und Produktivitätssteigerung übertroffen hätte. Die seit Jahrzehnten herrschende gewerkschaftsfeindliche Politik hat dies entscheidend gefördert.

Daher fordern wir als DIE LINKE.:

- Abschaffung von Leiharbeit - gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- die Erpressung der Beschäftigten vor drohendem Arbeitslosengeld II muss weg
- die Wiederherstellung von § 116 AFG bzw. § 146 SGB III (Kurzarbeitergeld bei kalter Aussperrung)
- die Legalisierung des politischen Streiks

Mit solidarischen Grüßen

Der SprecherInnenrat der AG Betrieb und Gewerkschaft der Partei DIE LINKE. NRW